

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Manfred Beck (KV Gelsenkirchen)

Änderungsantrag zu PB.B-01

Von Zeile 160 bis 164:

Ländern beschränken die Möglichkeiten, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam auf neue Herausforderungen zu reagieren. ~~Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für die Bildungszusammenarbeit im Grundgesetz wäre gemeinsames Handeln dort möglich, wo es notwendig ist.~~ Wir setzen uns dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen verlässlich und verbindlich miteinander kooperieren. Daher wollen wir im Grundgesetz ein Gebot verankern, diese Zusammenarbeit zu ermöglichen und umzusetzen. Grundlage all dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und Kitas, da hier die Basis gelegt wird.

Begründung

Die Behinderung der Kooperation durch das grundgesetzliche Verbot passt nicht mehr in die Zeit. Es gibt viele Bereiche, in denen der Bund vom Engagement der Länder, der Kommunen und der Zivilgesellschaft - auch finanziell - profitiert. Dies gilt beispielsweise für Ganztagschulen, für Berufs- und Studienvorbereitung in den Schulen sowie die Prävention gegen jede Art von Diskriminierung und Gewalt in den Schulen. Deshalb muss auch der Bund initiativ werden können. Die Corona-Pandemie hat noch einmal die Notwendigkeit eines Kooperations-Gebotes deutlich gemacht.

weitere Antragsteller*innen

Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Klaus-Dieter Seiffert (KV Gelsenkirchen); Martina Lilla-Oblong (KV Gelsenkirchen); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Andreas Blanke (KV Oberhausen); Wilhelm Roer (KV Soest); Fabian May (KV Herne); Claudia Schulte (KV Leverkusen); Bettina Wetterwald (KV Gelsenkirchen); Norbert Reichel (KV Bonn); Klaus Kurtz (KV Düsseldorf); Iris Witt (KV Düsseldorf); Julius J. Oblong (KV Berlin-Pankow); Petra Schenke (KV Rhein-Kreis-Neuss); Stephan Henke (KV Soest); Hendrik Flöttmann (KV Soest); Pia Brkic (KV Rhein-Erft-Kreis); Tanja Honka (KV Gelsenkirchen); Joachim Gutsche (KV Bottrop); Felina Jobst (KV Gelsenkirchen); Anke Schmidt (KV Bielefeld); Gertrud Welper (KV Borken); Wolfram Schneider (KV Gelsenkirchen)